

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1258

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Edm. Schaefer, Dresden,
Haupt der Arbeiter, Anzeigengestaltung
und Druckerei, R.-O. Dresden,
Gebrüder Kuntze, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen im Inhalt des Blattes, ist es durch oder ohne Rücksicht auf die Höhe der Gebühren, bei der Redaktion der Dresdener Volkszeitung zu melden. Bei Nichterfüllung des Besagten erfolgt die Redaktion ohne Rücksicht auf die Höhe der Gebühren.

Abdruckpreis mit der üblichen Unterhaltungsbeilage 1,20 Mk. wochentlich 4,80 Mk. wochentlich. Einmalige Abdrucke 1,20 Mk. wochentlich. Einmalige Abdrucke 1,20 Mk. wochentlich.

Schriftleitung: Wilmannsstr. 10, Fernsprecher Nr. 2521. Geschäftsstelle: Wilmannsstr. 10, Fernsprecher Nr. 2521 und 1270. Geschäftszeit von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abdruckpreis. Grundpreis: die 40 mm breite Zeilenbreite 1,20 Mk. die 30 mm breite Zeilenbreite 1,00 Mk. die 20 mm breite Zeilenbreite 0,80 Mk. die 15 mm breite Zeilenbreite 0,60 Mk. die 10 mm breite Zeilenbreite 0,40 Mk. die 5 mm breite Zeilenbreite 0,20 Mk. die 2 mm breite Zeilenbreite 0,10 Mk. die 1 mm breite Zeilenbreite 0,05 Mk.

Nr. 157

Dresden, Donnerstag, den 9. Juli 1931

42. Jahrgang

Auch Deutschland kann helfen

Englischer Appell an die Reichsregierung

S. London, 8. Juli. (Fig. Drahtb.)

Der Daily Herald, das Organ der englischen Arbeiterregierung, wendet sich in seiner Donnerstag-Ausgabe an die Reichsregierung.

Niemand hat in diesem Lande nur einen Augenblick daran gedacht, von Deutschland einen politischen Preis für die ihm gewährte Hilfe zu verlangen. Eine bessere Forderung würde man in England mit Misfallen ansehen. Nichtsdestoweniger ist es wahr, daß die Welt weit gegangen ist, um Deutschland zu helfen, und es ist eben so wahr, daß Deutschland es in der Hand hat, der Welt während der nächsten zwölf Monate ebenfalls zu helfen. Man könnte sich 5. B. einen besseren Beitrag zur Abrüstungskonferenz denken als eine spontane Erklärung der deutschen Regierung, daß, mit Rücksicht auf die finanzielle Lage, alle Arbeiten an den neuen Schiffschiffen bis nach der Konferenz eingestellt werden sollen. Man könnte sich weiterhin einen besseren Beitrag zu den Wirtschaftsverhandlungen denken als die Versicherung, daß das Protokoll der Zollunion nicht vollzogen, sondern im Zusammenhang mit dem gesamt-europäischen Wiederaufbau betrieben werden soll.

Wenn man bedenkt, daß Hoover's Rettungsaktion die Welt in der letzten Minute vor dem Chaos bewahrt hat, ist es in erster Linie der Intervention der englischen Regierung zu danken, daß man man ihr das Recht, einen solchen Appell an Deutschland zu richten, gewiß nicht bestreiten. Offenlich bedauert die deutsche Antwort keine neue Entschärfung. Wenn die Welt gebiete, der Welt zu zeigen, daß man guten Sinnes ist, und wenn das Wasser nicht mehr bis zum Hals reicht.

Pariser Befürchtungen

D. Paris, 8. Juli. (Fig. Drahtb.)

Die französische Rechtspreffe ist über die in Aussicht stehenden neuen internationalen Konferenzen und Verhandlungen sehr beunruhigt. Sie befürchtet, daß Frankreich „noch weitere Opfer“ auferlegt werden sollen.

Vor allem ist der Rechtspreffe die Wahl Londons als Konferenzort nicht genehm. Die französischen Vertreter seien dort zu isoliert und könnten daher dem Schicksal von London, von dem man die gleiche Unnachgiebigkeit erwartet wie im Haag, nicht mit der notwendigen Festigkeit entgegenzutreten. Die meisten Gefahren werden jedoch von der von der Londoner Regierung vorgeschlagenen Konferenz der Regierungsvertreter befürchtet. Das Journal des

Débats erklärt, man würde sich auf dieser Konferenz zweifellos bemühen, unter dem Deckmantel einer Revision mit der Fortsetzung des Young-Planes zu beginnen. Darauf lasse auch die Washingtoner Meldung schließen, nach der Amerika, falls der Plan Hoover's nicht die erwarteten Fortschritte habe, eine Revision des Kriegsschulden- und Reparationsproblems im nächsten Jahre zu beantragen beabsichtige. Das bedeute, so meint das Blatt, daß man Frankreich auffordern werde, gegen die Streichung der Kriegsschulden auf die Reparationen zu verzichten. Diese Kombination wäre für Frankreich vernichtend, da zwischen beiden Elementen keine Gleichheit bestehe. Der Temps äußert ähnliche Befürchtungen und verlangt, daß, wenn eine solche Konferenz einberufen werde, vorher ihr Programm genau festzulegen sei.

Mit besonderem Mißtrauen verfolgt die Rechte auch die Reise des amerikanischen Staatssekretärs Stimson, der, wie man hier vermutet, bei seinen Verhandlungen mit den italienischen Ministern das Flottenabrüstungsproblem zu regeln versuchen werde. Da Stimson von Rom nach London und dann erst nach Paris zu reisen beabsichtigt, befürchtet die Rechte, daß er sich mit der italienischen und der englischen Regierung über die Flottenabrüstung verständigen und Frankreich zur Annahme der geforderten Lösung zwingen werde. Frankreich müsse also mißtrauisch sein und sich das Pariser Abkommen zum Beispiel nehmen.

Aufzollung des Schuldenproblems?

S. London, 8. Juli. (Fig. Drahtb.)

England hat dem französischen Wunsch zugestimmt, den Regierungen als Datum für den Beginn der Londoner Konferenz den 17. Juli — statt des ursprünglich ins Auge gefaßten 13. Juli — vorzuschlagen. Es ist beabsichtigt, auch Amerika zu der Konferenz einzuladen.

Die gesamte Londoner Presse betont am Mittwoch, daß während des Freijahres Verhandlungen über eine Neuorganisation des internationalen Schuldenproblems stattfinden müßten. Man würde diese Frage in England am liebsten sofort aufstellen. Nicht zuletzt deshalb sollen die Londoner Verhandlungen auf englischer Seite von den Ministern Chamberlain, Snowden und Graham geführt werden. Am Donnerstag besuch der englischen Staatsminister ändert sich durch die Londoner Konferenz, wie hier von zuverlässiger Seite erklärt wird, nichts.

Opfer oder Selbsthilfe?

Die „Rettungsaktion“ der Wirtschaft

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der Reichspräsident hat am Mittwoch eine Verordnung zur Durchführung der neuen Kreditordnung erlassen. Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, alle Unternehmungen mit einem Betriebsvermögen über 5 Millionen Mark zu verpflichten, die Haftung bis zum Gesamtbetrag von 500 Millionen Mark für etwaige Ausfälle des Kreditgeschäftes zu übernehmen, welche die deutsche Goldbank im Interesse der Aufrechterhaltung des deutschen Kreditverkehrs durchführt.

Vorher hatten sich 1000 deutsche Großunternehmungen einem Vermögen in Höhe von rund 20 Milliarden Mark durch einen Schreiben an den Reichspräsidenten bedankt, die oben erwähnte Garantie gegenüber der Goldbank zu übernehmen. Die Goldbank ist ein Unternehmen der Reichsbank. Sie steht aber unter Einfluß der Großindustrie und der Großbanken. Die Goldbank soll über ihre jetzigen Funktionen hinaus, die in der Hauptsache in Exportfinanzierungen bestehen, dazu benutzt werden, weitere Kreditabziehungen bei den Großkonzernen zu verhindern und langfristige Auslandsanleihen zu beschaffen. Das bestimmende Motiv des Entschlusses der großen Firmen in Deutschland ist aber nicht die Absicht dem bedrängten Staat und dem darbenenden Volk, sondern sich selbst Hilfe zu bringen.

In dem Brief an den Reichspräsidenten wird pathe-tisch betont, daß die Großunternehmungen sich des großen Schicksals (Verpflichtung) ihrer Garantie bewußt wären. Auch hier scheint es uns notwendig, die Größenordnung dieses Schicksals, das, wie gesagt, in erster Linie aus rein privatwirtschaftlichen Erwägungen von den Unternehmungen einge-

gangen wird, ins richtige Licht zu stellen. Im Durchschnitt beläuft sich da 1000 Großunternehmungen mit mehr als 5 Millionen Mark Betriebsvermögen sich an der Haftung beteiligen, die Haftungssumme im reinen Durchschnitt auf eine halbe Million Mark. Für die kleineren und mittleren Konzerne ist sie naturgemäß noch wesentlich geringer, für die Großkonzerne und Vielunternehmungen höher. Wenn man bedenkt, daß die deutschen Banken und Industriekonzerne in den letzten Jahren vielfach in viel größerem Umfang Kreditgewährungen, Bürgschaften, Beteiligungen usw. übernommen haben, die sich nachher als wenig fundiert erwiesen, so wird man die übernommenen Garantien zur Erhaltung und Stärkung der eigenen Kreditbasis wirklich nicht als großes Solidaritätsoffer darstellen können. Wenn wirklich die Goldbank zu einem breit angelegten Kreditinstrument ausgestaltet werden soll, so wird die öffentliche Kontrolle wesentlich zu verstärken sein.

Mit größter Entschiedenheit und schärfster Entrüstung muß auch zurückgewiesen werden, wenn man in Unternehmungen jetzt die Stütze hat, an der Bildung eines Garantiefonds zur Befestigung des eigenen Kredits des Großkapitals politische Forderungen zu knüpfen. Die bereits erwähnte Deutsche Allgemeine Zeitung spricht z. B. davon, daß die Wirtschaft „jetzt in die Bresche springt“, und verlangt als Belohnung hierfür eine „neue schöpferische Gestaltung der gesamten Innen- und Wirtschaftspolitik“, d. h. politische und materielle Konzessionen.

Nicht das deutsche Unternehmertum, nein die breiten Massen der Bevölkerung mußten für die Fehler der großkapitalistischen Wirtschaftsführung, zur Rettung der Reichsfinanzen die größten Opfer bringen. Nicht die deutschen Großbanken, sondern die Reichsbank hat unter den größten An-

Studentenkravalle

Von Dr. B. Maurenbrecher,
Universitätsprofessor in München

Wie eine Welle läuft jetzt durch deutsche Hochschulen die Reizung der rechtsradikalen studentischen Gruppen, durch lärmendes und rauschhaftes Verhalten, durch Aufhetzung und Gewalt ihren Standpunkt gegen Andersdenkende zu verteidigen. In im Falle München sogar einen sonst überaus beliebten Professor durch Lärm „niederzukämpfen“ und ihn zum Ausscheiden aus dem Lehramt zu zwingen. Es sind nicht mehr dieselben Jahrgänge, die 1923 und vorher der Hitler-Bewegung die Grundlage gegeben oder in München Vortrupps des bekannten Hitler-Ludendorff-Putschs waren; es ist aber wiederum derselbe Geist, der diese Unruhen verurteilt und der unsere akademische Jugend zum Sturmtrupp des Faschismus machen möchte.

Die Ursachen dieser neu sich erhebenden Revolutionierung der akademischen Jugend sind natürlich andere, als wenn sich in der Arbeiterschaft ein dumpfes Grollen erheben wollte. Denn es ist nicht die arg geladene wirtschaftliche Lage, es sind nicht die Räte von Millionen von Arbeitslosen, die hier wirken; gerade die ärmeren und kämpferischen Schichten der Studierenden (und deren Zahl ist groß!) sind die, die gern und fleißig arbeiten, die zum Erlernen drängen, die sich um Politik entweder wenig kümmern oder doch ein vernünftiges Gefühl für das Richtige haben. Nein, gerade die Studierenden mit „hohem Weisheit“, die aus „gutbürgerlichen“ Häusern stammen, die keine wirtschaftlichen Sorgen drücken, sie sind es, die als Verbindungsstudenten oder als „Finke“ der Hitlerrei nachlaufen und die sich jetzt als Vortrupps oder Kanonensutter der Nazis mißbrauchen lassen. Diese durchweg schon bei der Schuljugend zu beobachtende Verheerung der Jugend der „oberen Stände“, wie es so schön heißt, der Schichten von „Bildung und Besitz“, ist die schärfste Gefahr, die der deutschen Republik drohen kann. Rein äußerlich liegen hier die Ursachen so, daß schon die Jugend, besonders an den historisch orientierten humanistischen Gymnasien, am wenigsten wie es scheint an den Oberrealschulen, einen Geschichts- und Staatsbürgerlichen Unterricht von den besten Studienräten erhält, der allem Republikanismus ins Gesicht schlägt, der allem Ueberlebten in den staatlichen Gedanken, in der Auffassung der Vergangenheit, in der Behandlung der Kräfte und der Völkerverziehungen nachläßt und für den es die bekannten Paragraphen der Weimarer Verfassung gar nicht zu geben scheint. Hier mag viel verläutelt sein, aber auch noch in letzter Minute kann die Unterrichtsverwaltung der Länder alles retten.

wenn sie energisch die gefehlich mögliche Praxis verfolgt und denjenigen Lehrer, der dem Geist der Verfassung nicht entsprechen kann, als „dienstlich minder qualifiziert“, als unbrauchbar ansieht und ihn in den Ruhestand versetzt.

Schlimmer noch steht es auf den Universitäten. Die Mehrzahl in den akademischen Fächern, der Nationalökonomie, Geschichte, Philosophie und des Staatsrechts, kann man kaum als Freunde der Republik bezeichnen, sie sind kaum „Mittelschichtler“. Dann wundert man sich, wenn die Studenten Faschisten werden! Denn die Jugend hat das Recht auf Radikalismus! Aber auch hier gibt es einen Weg, den die Republik leicht beschreiten kann, wenn sie nur will! Feiligkeit ist und bleibt die Lebensfreude! Man rühret an den Wurzeln des geistigen Deutschlands, wenn man sie an-tasten wollte. Denn hier gibt es keine Grenzen! Man rede nicht vom „Ueberschreiten der berechtigten Grenzen der Lebensfreude“, wie man es so oft von den Nationalisten, aber auch von ehrlichen, wenn auch falsch orientierten Sozialdemokraten hört: Die Freiheit des Wortes, der Lehre und der Meinung muß ewig einen jeden Demokratie heilig bleiben oder sie hat ihre Existenzberechtigung verloren. Wieviel mehr erst einer Hochschule, deren Aufgabe die Erziehung zur geistigen Freiheit, zur Selbstständigkeit des Urteils, zur Kritik ist! Aber ist das Freiheit, ist das Demokratie in der Welt des Geistes, wenn ein Lehrfach nur in einer Meinung, und das in der republikfeindlichen, vorgegeben wird? Wenn z. B. (um krasse Münchner Zustände anzuführen) Geschichte in München von fünf planmäßigen

Strennungen und unter Mithilfe des Auslands die ärgsten Gefahren der Kreditkrise, für deren Verhütung das deutsche Unternehmertum mitverantwortlich ist, abgewendet. Auch wir hoffen, daß durch großzügige Kredittransaktionen auf-rückste die akute Kreditkrise gebannt wird. Wir sind uns aber darüber im klaren, daß eine wirkliche Gesundung erst eintreten wird, wenn die Regierung sich von ihren falschen wirtschaftlichen Methoden abwendet, aus ihrer Abhängigkeit vom Großkapital, der politischen und sozialen Reaktion befreit und gegen die vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Mißstände durch weit-reichende Reformen und Kontrollen energisch durchgreift.